

## **Hunsrück vor größtem Umwelt-Kahlschlag der Geschichte: Gigantische Rodung für 51 Windräder beispiellos - NABU klagt**

Der Hunsrück steht vor dem größten Umwelt-Kahlschlag seiner Geschichte. Ein kompletter Höhenzug, umgeben von hoch geschützten Arealen, Bachtälern, fast flächendeckend Wasserschutzgebiet, Lebensraum unzähliger geschützter Arten, könnte an diesem Wochenende der Vernichtung anheimfallen. Der Grund ist ein gigantischer Windpark mit rund 51 Windrädern, doppelt so viele wie auf dem Kandrich-Massiv im Binger Wald. Das Projekt, für das mehr als 80 Millionen Euro vorgesehen sind, umfasst nicht nur Windräder auf der Höhe. Vielmehr sind beide Hänge Richtung Hunsrück und Moseltal komplett für Windräder vorgesehen. Auffällig ist, dass die Besatzdichte im Vergleich zu anderen Windparks extrem eng geplant ist.

### **Dicht gedrängt - Sinn von Massierung von Windrädern durch Wissenschaft widerlegt**

Der Abstand der Windräder soll teils nur bei gut 500 Metern liegen, - Fachleute bezweifeln längst, dass ein solches Projekt wirtschaftlich erfolgreich sein wird. Denn inzwischen ist nachgewiesen, dass zu enge Abstandsverhältnisse bei Windrädern den Wind insgesamt abschwächen. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass hierdurch nicht nur die Wirtschaftlichkeit der Anlagen vermindert wird. Auch ohnedies laufen bereits jetzt zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Windräder an der Grenze der Wirtschaftlichkeit. Auch der Bundesverband der Windindustrie, immerhin die Lobbyorganisation der Branche, kritisiert die kopflose Strategie der Kommunen, die Windkraft nur noch zur Entschuldung per Pachtzahlung anstreben und dabei die Verhältnismäßigkeit aus den Augen verlören. Auch der über die Landschaft ziehende Windstrom wird durch derartige Massierung von Anlagen "verquirlt" und damit in seiner Dynamik gemindert. Vereinfacht gesagt bedeutet dies: je mehr Windräder, desto weniger Wind. Doch davon will man im rotgrün regierten Rheinland-Pfalz nichts wissen. Damit steht den fragwürdigen Windpark-Projekten ein Maximum an verursachten Naturschäden gegenüber, die nicht am Rande von Städten, sondern mitten in bislang geschützter Naturlandschaft viel größere Verheerungen verursachen.

### **Industrielle Verwüstung**

Auf dem Ranzenkopf wurden gestern ganze Brigaden von Forstarbeitern, Auto- und Lastwagenkolonnen gesehen. Nahezu alle Waldwege waren durch Schwerlastfahrzeuge ausgefahren. Das Gebiet ist sehr reich an Wasser, fast an jedem Waldweg stehen Hinweisschilder auf Wasserschutzgebiet. Ein ausgedehnter Bruchwald mit hohem Totholzanteil liegt mitten in dem künftigen Schlachtfeld. Im flachen Schnee zeigen sich Spuren geflüchteter Wildtiere. Wegen der bevorstehenden Nist- und Brutzeit soll der gesamte Berg kahlrasiert werden. Binnen weniger Tage dürfte hier, wo sich bis heute früh noch Fuchs und Hase gute Nacht gesagt haben, eine Großindustrie eröffnet werden.

### **NABU-Landesverband klagt**

Ein umfassendes Monitoring zur Erfassung bedrohter Arten sei durch die zuständige Kreisverwaltung durchgeführt worden. Doch dort, wo man seit Monaten eifrig versichert, die Belange der Naturschutz-Fachorganisationen ernst zu nehmen, passt das Verhalten so gar nicht zu den Beteuerungen. Denn trotz der gesetzlichen Verpflichtung zur Offenlage der Ergebnisse dieses Monitorings weigert sich die Kreisverwaltung seit Monaten, dem beauftragten Fachanwalt Einblick in die Unterlagen zu gewähren. Immer neue Ausflüchte, so der Biologe Dr. Andreas Kiefer, Naturschutz- und Fledermaus-Experte des NABU Rheinland-Pfalz, würden von der Kreisverwaltung vorgebracht.

Trotz der Vielzahl der Anlagen, die einen gesamten Höhenzug regelrecht zupflastern würden, ist keine Umwelt-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt worden. In jedem Einzelgutachten wird darauf verwiesen, dass geschützte Arten ja dem Einzel-Windrad "ausweichen" könnten. Oder sie hätten ihre Standorte im Nachbargebiet. Dasselbe Spiel wiederholt sich flächendeckend bei allen Projekten und Gutachten des Höhenzuges. Dass am Ende kein Ausweichen der geschützten Arten mehr möglich ist, sondern diese flächendeckend vertrieben oder durch die Errichtung einer Großindustrie mitten in unberührter Wald- und Naturlandschaft vernichtet werden, - das ist bei dem Projekt offenkundig.

### **Begehung unter Druck**

Am gestrigen 25. Februar fand eine Begehung mit Ortskundigen Naturschützern und Experten statt. Dabei zeigte sich, dass einige in der Natur zur Rodung eindeutig gekennzeichnete Standorte auch nicht den beantragten und zur Genehmigung vorgelegten Flächen entsprachen. Dies bekräftigte der Biologe Andreas Kiefer, der die Flächen sorgsam mit den Planungsunterlagen abglich. Zeitgleich hatte der Anwalt des NABU-Landesverbandes noch mehrfach Kontakt mit der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich aufgenommen und die konsequente Rechtsverfolgung gegen das augenscheinlich naturschutzwidrige Projekt bekräftigt. Durch stete Telefonate wurde er mit aktuellen Ergebnissen der Ortsbegehung laufend informiert.

### **Aufgebrachte Anwohner**

Auch aufgebrachte Anwohner aus der Region hatten den Weg in den Wald gefunden. Sie machten den Experten eine Reihe von Angaben, denen zufolge es eine Allianz zwischen der Landesregierung und der Kreisverwaltung sowie den Windkraftunternehmen gäbe. Wer sich dagegen stelle, müsse nicht nur mit "Schwierigkeiten" rechnen. Es habe in der Vergangenheit auch Straftaten gegeben, mit denen engagierte Gegner des Projektes eingeschüchtert worden seien. So sollen einer Anwohnerin vier Pferde mit Rattengift vergiftet worden sein, nachdem sie sich gegen das Projekt engagiert hätte. Ein Mitglied der Ökologischen Partei Deutschlands sei vor längerer Zeit im Wald bei Kartierungen geschützter Vogelhorste angetroffen worden. Auf Nachfrage habe die Person eingeräumt, dass diese Vogelhorste dann "schon mal verschwinden" könnten. Später habe sich das betreffende Parteimitglied dann als ökologischer Kandidat der aktuellen Landtagswahl profiliert und sich für Naturschutzthemen stark gemacht.

### **Auf Messers Schneide**

Am heutigen 26. Februar dürfte die Situation vor Ort "auf Messers Schneide" stehen. NABU-Experte Andreas Kiefer versuchte gestern aus dem Wald heraus die Kreisverwaltung telefonisch zu erreichen. Dabei meldete sich eine höchst verstört wirkende Mitarbeiterin der zuständigen Fachabteilung und bat um Verständnis, dass man nichts sagen könne. Hintergrund seien die juristischen Interventionen des NABU-Anwaltes, über die laufend beraten werde. Von befragten Forstmitarbeitern wurde für heute um die Mittagszeit eine Entscheidung über die Rodung angekündigt.

### **Mit zeitlicher Strategie sollen juristische Maßnahmen unterlaufen werden**

Dem Autor dieses Textes wurde ein Schriftwechsel vorgelegt, der erkennen ließ, dass die Kreisverwaltung mit zeitlichen Strategien eine Entscheidung über die Rodung so lange hinausschieben will, bis das zuständige Gericht wegen Dienstschluss unerreichbar sei. Die entstehende Übergangszeit solle genutzt werden, um zwischenzeitlich im Wald "vollendete Tatsachen" zu schaffen. Zu diesem Vorgehen gibt es bereits vergleichbare Beispiele aus dem Vorderhunsrück. Hier waren am 28. Februar 2011 Rodungen auch unmittelbar vor dem Start.

Allerdings hatte sich der zuständige Beamte damals geweigert, den Vollzug eines derart beispiellosen Kahlschlages zu genehmigen und die Verantwortung an die Landesregierung gegeben. Diese sei dann von Umwelt-Staatssekretär Dr. Griese wohl persönlich erteilt worden. Dies deutet darauf hin, dass es die behauptete "Connection" zwischen den politischen und wirtschaftlichen Interessen zu Lasten des Naturschutzes tatsächlich geben könnte - und von wo aus die gesteuert wird.

### **Die "Genehmigungs-Connection"**

Zeitgleich zu den Vorgängen im Moselhunsrück veröffentlichte die Landesregierung ihre vorgeblichen Erfolge mit der Windkraft. Erneut wurde dabei vorwiegend von Nennleistungen der Anlagen (ungeachtet der tatsächlichen Winderträge) ausgegangen. Ferner wurde außer acht gelassen, dass ein großer Anteil des tatsächlich erzeugten Stromes als Überkapazität kostenpflichtig ins Ausland geleitet werden muss und die Kosten für Netzregulation aufgrund von Wind-Sonne-Schwankungen inzwischen Milliardenhöhe erreicht haben.

Mit dem Fall des Ranzenkopfes wird auf den traumhaften Höhenzügen mitten im Landschaftsschutzgebiet des Moselhunsrücks ein Großindustriegebiet entstanden sein. Wenn die Rechtsmittel des NABU-Landesverbandes scheitern, könnte die Ansicht des traumhaften Höhenzuges zwischen Mosel und Hunsrück mit seinen seltenen Tierarten in unberührter Natur der Vergangenheit angehören. Die zahlreichen Wasserschutzgebiete und die Sichtachsen-Schutzzonen des Moseltales sind zum Zweck der Rechtfertigung dieser gigantischen Maßnahme übrigens ebenfalls "passend" gemacht worden.